DIE LINKE.
DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Gera

Rathausreport
03 - 2020

OTTO-DIX-STADT GERA®

Vorschläge der Fraktion werden in den Ausschüssen beraten

Die Tagesordnung der Juni-Sitzung des Stadtrates bestand auch aus mehreren Anträgen der Fraktion DIE LINKE. Diese umfassten ein breites inhaltliches Spektrum.

Zum einen ging es um *Fragen von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum*. Sauberkeit der Stadt ist ein generelles Bedürfnis der Einwohner*innen. Gerade dort, wo sich viele Menschen an einem Ort aufhalten, sollte das Ziel darin bestehen, Aufenthaltsqualität und Sauberkeit zu verbessern.
Deshalb schlägt die Fraktion vor, jene Orte, die durch die Bewohner*innen und auch Besucher*innen der Stadt besonders genutzt werden, hinsichtlich der dort vorhandenen Entsorgungsbehälter, verstärkt mit neuen bzw. auch größeren Abfallbehältern auszustatten.

Um den Radverkehr zu stärken und das Unfallrisiko auch für Passanten zu vermindern, müssten in der Stadt ausreichend diebstahlsichere Fahrradabstellmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der gerade auch in Coronazeiten zunehmenden Zahl von Radfahrern reicht diese Zahl nicht annähernd aus. Dies betrifft insbesondere auch Stellplätze an städtischen Einrichtungen.
Um dem wachsenden Radverkehr begegnen zu können, ist die Erweiterung der Zahl der Abstelleinrichtungen dringend geboten. Dafür sollten finanzielle Mittel für mindestens 50 zusätzliche Fahrradabstellplätze im Stadtzentrum, insbesondere vor städtischen Gebäuden (u.a. H35, Rathaus, KuK, Stadtmuseum) eingeplant werden.

Um die der Stadt übertragenen Aufgaben fachlich hochwertig und effizient bearbeiten zu können, bedarf es sowohl einer ausreichenden Anzahl qualifizierter und motivierter Mitarbeiter*innen als auch einer entsprechenden Zahl gut ausgestatteter Arbeitsmöglichkeiten.
Aus Sicht der Linksfraktion ist für eine sachgerechte und fundierte Diskussion zum Entwurf des Haushaltsplanes die Kenntnis sowohl der räumlichen als auch personellen Ausgangsbedingungen sowie ihrer Entwicklungsmöglichkeiten notwendig. Die Berücksichtigung der eingeforderten Konzepte - *Personalentwicklungskonzept der Stadtverwaltung sowie das Verwaltungsstandortekonzept* - ist daher für die Haushaltsaufstellung von entscheidender Bedeutung.

Investitionen sind notwendig um unsere Stadt noch attraktiver zu machen. In den letzten Jahren stand die Umsetzung der in den Haushaltsplänen vorgesehenen Investitionen allerdings wiederholt in der Kritik.

Um aber über die notwendige und erforderliche *Rang- und Reihenfolge der neuen Investitionen im Haushalt 2022* unter Berücksichtigung der tatsächlichen Möglichkeiten entscheiden zu können, soll dem Stadtrat eine Übersicht über die 2022 geplanten neuen Investitionen, für die Investitionspässe vorgesehen sind, auf der Basis einer begründeten Prioritätensetzung vorgelegt werden. Dazu soll dargelegt werden, wie die durch das Land Thüringen für die Jahre 2020 bis 2023 bereitgestellten zusätzlichen Investitionsmittel von über 22 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 in den Haushalten verwendet wurden und in den Jahren 2022 und 2023 verwendet werden sollen.

Ein weiterer Antrag betrifft die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in alle Angelegenheiten, die sie selbst betreffen.
Jene Menschen, die auf Unterstützung für die Gestaltung ihres Alltages angewiesen sind, bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Verwaltung und des Stadtrates. Dabei sind diese Personen nicht Adressat einer öffentlichen Leistung, sondern selbstbestimmt und autonom handelnd und als solche zu unterstützen. Die Berücksichtigung ihrer Sichten auf das Hier und Heute, ihrer Wünsche und Forderungen sollte durch die *Bildung eines Behindertenbeirates* entsprechend §4 der Hauptsatzung der Stadt Gera unterstützt werden. Hier erwartet die Fraktion, dass der zurückgezogene Antrag der Verwaltung zur Bildung eines Beirates schnellstens zur Entscheidung vorgelegt wird.

Es ist entscheidend, dass bereits im Rahmen der *Aufstellung des Haushaltsplanes* jene Sachverhalte Berücksichtigung finden, die sich neu bzw. verstärkt ergeben haben. Deshalb soll der OB aufgefordert werden, dass bei der Erstellung des Haushaltes 2022 verschiedene Maßnahmen - der dauerhafte Einsatz von Gebärdendolmetscher*innen für Stadtratssitzungen, die Errichtung einer behindertengerechten, öffentlich zugänglichen Toilette im Rathaus und Möglichkeiten für eine verbesserte Passierbarkeit des Rathauses für Geh- und Körperbehinderte mittels Markierungen, Handläufen und Rampen - finanziell einzuplanen sind.

Der Stadtrat hat am 16. Juni beschlossen, diese von der Linksfraktion eingebrachten Anträge zunächst in die Ausschüsse zu verweisen und dann in der kommenden Sitzung im Juli zu behandeln.

Dokumentiert: Aus der Rede von Andreas Schubert zur Gründung eines Ortsteils mit Ortsteilverfassung

„...In der Thüringer Kommunalordnung heißt es: „Der Ortsteilrat berät über die Angelegenheiten des Ortsteils. Der Ortsteilrat kann in allen Angelegenheiten, die den Ortsteil betreffen, Empfehlungen und Vorschläge unterbreiten. Diese müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten von dem für die Entscheidung zuständigen Organ der Gemeinde behandelt werden. Über das Ergebnis der Behandlung ist der Ortsteilrat zu unterrichten. Der Ortsteilrat ist in allen wichtigen, den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig vor der Entscheidung des zuständigen Organs der Gemeinde zu hören. Dem Ortsteilrat ist eine angemessene Frist zur Stellungnahme zu geben, insbesondere vor Beginn der Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde sowie der Nachtragshaushaltssatzungen und zu baurechtlichen Satzungen und Planungen."
Der Ortsteilbürgermeister hat Rederecht im Stadtrat und der OB ist zu regelmäßigen öffentlichen Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen verpflichtet.

Der Vorteil von Ortsteilräten liegt also auf der Hand:
Ortsteilräte sind ein ganz wichtiges Gremium zu Verbesserung des städtischen Lebens - sie haben sich auch in Gera bewährt an allen Stellen, wo wir sie in der Stadt schon haben. Und da, wo sie im letzten Monat - vor wenigen Tagen also - begründet wurden, in Debschwitz und Dürrenebersdorf, werden sie sich bewähren.

Jetzt liegt also der Antrag für das Ostviertel und Lusan auf dem Tisch und zwar von engagierten Einwohnern aus Lusan und aus dem Ostviertel - und welcher vernünftige Grund sollte jetzt gelten, diese beiden Ortsteile nicht entstehen zu lassen?

Gerade weil es sich um den einwohnerstärksten Stadtteil von Gera handelt sollten doch auch dort Bürger ihrer eigenen Belange vor Ort, z.B. beim Spielplatzkonzept oder Hinweise zum Nahverkehrsplan usw., mitbestimmen dürfen.

Und ja, es gibt auch Gesprächsbedarf, wie die Arbeit der Ortsteilräte noch besser unterstützt werden kann, wie sich auch die finanzielle Ausstattung gerade bei investiven Maßnahmen zukünftig entwickelt. Auf Antrag der Linksfraktion wurde im Mai-Stadtrat eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Fraktionen und Ortsteilbürgermeistern gegründet, die sich diesem Themenkomplex zuwenden wird.

Und ich möchte auf das Beispiel Jena verweisen. Nach Aussage von Ortsteilbürgermeister Volker Blumentritt gibt es 30 Ortsteilräte. In der Verwaltung kümmert sich eine Mitarbeiterin um alle Ortsteile und keiner fühle sich benachteiligt.

Ich bitte im Interesse der Einwohner in den beiden neuen Ortsteilen Lusan und Ostviertel, aber auch der gesamten Stadt, die davon profitieren würde, um Zustimmung…"

Kommentiert: Keine Mehrheit für die Gründung neuer Ortsteile

Trotz der Tatsache, dass die Initiative zur Bildung eines Ortsteilrates aus der Einwohnerschaft des Ostviertels und Lusans hervorging, fehlte eine Stimme für die notwendige Zustimmung. 21 Stadtratsmitglieder unterstützten die Vorlage, 16 stimmten dagegen und 5 enthielten sich.

Dabei ist es für das Zusammenleben in unserer Stadt von wesentlicher Bedeutung, zu akzeptieren, dass jeder Ortsteil für die Entwicklung des Gemeinwesens eine ganz besondere Spezifik und Einmaligkeit einbringt.
Daher ist es unabdingbar, der bisherigen Entwicklung und der Wahrnahme von Chancen für die weitere Gestaltung jedes Ortsteils mit Respekt zu begegnen. Der Stadtrat muss sich den Perspektiven der städtischen Ortsteile hinsichtlich ihrer Entwicklung, auch im Rahmen der Gesamtstadt, zuwenden.

Die erste Chance dazu wurde vertan. Die gesetzlichen Möglichkeiten für weitere Ortsteile sind gegeben - es bleibt abzuwarten, ob sich auch weiterhin Bürger*innen beteiligen wollen. *ha*

Erneut ein trauriger Tag für ein demokratisches Gera

Am 16. Juni hat der Geraer Stadtrat den von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen den Vorsitzenden Reinhard Etzrodt (AfD) eingebrachten Abberufungsantrag in geheimer Abstimmung mit 19 Ja-, 19 Nein-Stimmen, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt.

Herr Etzrodt hat nach dieser Abstimmung keine Mehrheit des Stadtrates. Die Frage, ob dies zum Anlass genommen werden sollte, von sich aus zurückzutreten, hat Herr Etzrodt beantwortet - er bleibt im Amt.

Weiterhin muss konstatiert werden, dass Teile des Stadtrates kein Problem damit haben, den Vertreter eines als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD-Landesverbandes als Stadtratsvorsitzenden wirken zu lassen.

Wie schon bei der Wahl von Herrn Etzrodt im September vergangenen Jahres ist festzustellen, dass es im Geraer Stadtrat keine Mehrheit für die Ächtung von Rechtsextremisten gibt.

Ganz im Gegenteil: Teile des Stadtrates setzen gemeinsam mit der AfD-Fraktion ihre politischen Grundpositionen um. *ha*

Stadtratssitzung am 16. & 17. Juni 2021

Beschlossen wurden u. a.

- „Modellprojekt Smart Cities Stadtentwicklung und Digitalisierung“ (Projekt SMARTCity)
- GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH, hier: Beschluss zur Darlehensaufnahme
- Wirtschaftspläne 2022 ff. von Unternehmen als Pflichtanlagen zum Haushaltsplan 2022 ff der Stadt Gera
- Bewilligung überplanmäßiger Auszahlungen im Ergebnis- und Finanzplan 2021 für die Umschuldung von bestehenden Investitionskrediten
- Verwaltungsvereinbarung Lehrleitstelle
- Aufhebung des Beschlusses Drucksachen-Nr. 180/2007 „Neubau einer Radsporttrainingshalle in der Tschaikowskistraße 37“
- Integrierter Sportentwicklungsplan Gera 2030
- Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt Gera
- 8. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans Gera 2020 im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB für die Teilplanbereiche „Gewerbegebiet Bieblacher Berg“ und „Ausgleichsfläche Lusan-Süd“
- Bebauungsplan B/73/96 „Gewerbegebiet Zoche“, 3. Änderung
- Bebauungsplan B/130/09 „Industriegebiet Cretzschwitz“, 1. Änderung - Vergrößerung Änderungsbereich - Wechsel Verfahrensart
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan VB/92/19 „Lebensmittelmarkt Zwötzen, Straße der Völkerfreundschaft“ -
- Auftragsvergabe zum Druck und Vertrieb der Öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Gera

Als **Informationsvorlagen an den Stadtrat** übergeben wurden das *Bibliothekskonzept 2021-2025 der Stadt- und Regionalbibliothek Gera* sowie der *Städtepartnerschaftsbericht der Stadt Gera für das Jahr 2020.*

Abgelehnt wurden die Vorlagen *„Abberufung des Stadtratsvorsitzenden“* bei einem Stimmenverhältnis von 19 Ja, 19 Nein und 2 Enthaltungen, die Vorlage *„Hauptsatzung der Stadt Gera vom 12. März 2019, hier: 3. Änderungssatzung“*, da nicht die notwendige Stimmenzahl von 22 Ja-Stimmen zustande kam. (21 Ja / 16 Nein / 5 Enthaltungen) und die Vorlage *„Satzung zur Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt Gera – Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Gera*“ (wegen Stimmgleichheit).

Zurückgezogen wurde die Vorlage des OB zum Thema *„Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft, der Innenstadt und dem Stadtmarketing“.*

In die Fachausschüsse verwiesen wurden die Vorlagen

- Anlage eines städtischen Bestattungswaldes
- Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum
- Vorbereitung der Debatte zum Haushalt 2022 der Stadt Gera
- Prioritätensetzung bei städtischen Investitionen
- Einbeziehung von Menschen mit Behinderung
- Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Einschränkungen

Nina Wunderlich zur Sondernutzungssatzung

„Jede Belebung unserer Innenstadt sollte durch uns als Stadtrat unterstützt werden. Gerade heute konnte jeder sehen, wie unsere Innenstadt lebendig wirkt, wenn sich Menschen hier aufhalten.

Die Händler haben - wie so viele - schwere Monate hinter sich. Trotz unserer eingeschränkten Möglichkeiten sollten wir dennoch ein Zeichen setzen und der Nutzung des öffentlichen Straßenraumes für die Gewerbetreibenden und Händler zustimmen.“

Michael Gerstenberger zur Umschuldung von bestehenden Investitionskrediten

„Natürlich ist es gut, die Niedrigzinsphase für die langjährigen Kredite auszunutzen.
Wenn es zu einer Sicherung des niedrigen Zinsniveaus und die Reduzierung des Zinsaufwandes während der Gesamtlaufzeit der Kredite kommt, ist dies bereits ab kommendem Haushaltsjahr von Vorteil für die Stadt. Zudem würde uns für die nächsten 10 Iahre ein erweiterter Handlungsspielraum geboten. Allerdings müssen wir in diesem Haushaltsjahr die notwendigen Strafzinsen von ca. 1,3 Mio Euro aufbringen.“

Sie interessieren sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates und wollen mehr wissen? Alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates finden Sie unter

https://gera.ratsinfomanagement.net

Kinder- und Jugendfragestunde wird im Jugendhilfeausschuss eingeführt

Am 9. Juni hat der Jugendhilfeausschuss, gemäß seiner Satzung, die Geschäftsordnung für den Ausschuss beschlossen.
Darin enthalten ist die Einführung einer Kinder- und Jugendfragestunde im Rahmen der Ausschusssitzungen. Erstmals wird es so möglich sein, dass die junge Generation unserer Stadt in „ihrem“ Ausschuss Gehör finden kann.
Dadurch können sich Kinder und Jugendliche sowie deren Vertretung mit ihren Anliegen direkt an die Politik, die Stadtverwaltung sowie die Vereine und Verbände der Kinder- und Jugendhilfe wenden.

Themen und Fragen für eine solche Fragestunde können im Vorfeld der Sitzungen entweder über die Ausschussmitglieder, den Ausschussvorsitzenden Daniel Reinhardt oder auch über das Jugendamt angemeldet werden.

Daniel Reinhardt, Vorsitzender des Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion: „ Ich bin mir sicher, dass die jungen Leute diese angebotene Möglichkeit nutzen werden. Denn hier können sie sich direkt einbringen, können ihre Fragen und Vorstellungen äußern. Und der Ausschuss wird sich als Partner der jungen Leute verstehen und sie soweit es geht unterstützen.“

Erweiterung der Mitwirkungsrechte der heranwachsenden Generation auch Thema im Landtag

Mit der Änderung der Thüringer Kommunalordnung im März 2021 hat der Landtag den Weg frei gemacht, die Beteiligungsrechte der in den Kommunen lebenden Menschen zu erweitern. Diese Erweiterung betrifft auch Kinder und Jugendliche.

Diese sollen, so der Geraer Landtagsabgeordnete Daniel Reinhardt, „künftig stärker als bisher bei Entscheidungsprozessen einbezogen werden. Mit der Änderung der Geschäftsordnung hat der Stadtrat die Möglichkeit wahrgenommen, durch Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen von LINKE, CDU und B90/Die Grünen die Einbeziehung eines/r Vertreters/in des Jugendrates als beratendes Mitglied im Kultur- und Sportausschuss zu beschließen.“

„Die Auseinandersetzung mit Ansichten und Vorstellungen der jungen Generation zu den sie betreffenden Themen wird ihnen selbst und auch den älteren Generationen den Blick öffnen kann für weitere Gestaltungsmöglichkeiten des Zusammenlebens und der Entwicklung unserer Stadt.“, so Daniel Reinhardt.

KURZNACHRICHT

Mit einem Schreiben am 18. Mai an die beiden Landtagsabgeordneten Schubert und Reinhardt formulierte OB Vonarb *„...Wir möchten Sie daher nachdrücklich darum bitten, sich als unser Abgeordneter im Thüringer Landtag weiter für eine Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungs- und Investitionsfähigkeit einzusetzen. Es braucht mindestens auch für 2021 und 2022 einen Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen, der von Bund und Ländern getragen wird. Wir brauchen eine Kompensation unserer Steuerverluste mindestens bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer...“*

In ihrer Antwort - in Form eines Offenen Brief - schrieben die beiden Abgeordneten:
„...Wir versichern Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dass wir uns auch weiterhin für die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen und damit der Stadt Gera einsetzen werden. Ihren Vorschlag, einen Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen durch Bund und Land für die Jahre 2021 und 2022 zu spannen, werden wir aufgreifen und mit der Landesregierung diskutieren.
Gleichzeitig haben wir deutlich gemacht, dass nicht nur die Aufstockung der finanziellen Mittel für die Abarbeitung des Investitionsstaus in unserer Stadt notwendig ist, sondern endlich auch die Planungsvorläufe durch die Stadtverwaltung gesichert werden müssen...“

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Gera
Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)
Anschrift: Kornmarkt 12 07545 Gera
Tel.: 03 65 / 8 38 15 30
E-Mail: die-linke-fraktion@gera.de
Homepage: https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/

Sie erreichen uns im Rathaus. Bitte beachten Sie auch die Veröffentlichungen über die Bürgersprechstunden, jeweils dienstags, im Amtsblatt der Stadt Gera.

Sprechstunden der Linksfraktion unter freiem Himmel

Die Linksfraktion organisiert auch künftig am Freitag nach jeder Stadtratssitzung eine Sprechstunde unter freiem Himmel.
Mitglieder der Fraktion freuen sich auf das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Gera.
Gerne geben wir Auskunft über den Verlauf der Stadtratssitzung am jeweiligen Donnerstag und die aktuellen Aktivitäten der Fraktion.
Informieren Sie sich über die konkreten Termine im Internet unter www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion